

II. BSEs der Beilagen zu den Stenographischen Protokollen
des Nationalrates XVIII. Gesetzgebungsperiode

Nr. 6629 NJ

1994-05-06

ANFRAGE

des Abgeordneten Anschober, Freundinnen und Freunde

an den Bundesminister für Landesverteidigung

betreffend Heeresangehörige als Waffenhändler

Die "Oberösterreichische Krone" berichtete in mehreren Folgen Anfang April über eine Linzer Firma G., die im Waffenhandel engagiert sein soll. Die austro-tschechische Kommanditerwerbgesellschaft habe, so die Vorwürfe, russische T-72-Kampfpanzer, 10 000 Maschinenpistolen der Marke "Skorpion" und Infanteriewaffen über Deutschland offiziell nach Neapel geliefert. Über den Seeweg seien die Waffen trotz UNO-Embargo in Kroatien gelandet.

Ein hoher Offizier im Herresmaterialamt sei Gesellschafter dieser in den Waffendeal verstrickten Firma. Laut den Informationen der "Krone" habe dieser Offizier des Heeresmaterialamtes sogar Verkaufsgespräche geleitet.

Die unterzeichneten Abgeordneten richten in diesem Zusammenhang an den Bundesminister für Verteidigung folgende schriftliche

ANFRAGE:

1. Ist der Minister über die Vorwürfe (siehe Berichte in der Beilage) informiert? Wenn ja, seit wann?
2. Welche Maßnahmen wurden vom Minister ergriffen, um die Vorwürfe zu überprüfen?
3. Liegt bereits ein Ergebnis dieser Überprüfungen vor? Wenn ja, welches mit welchen konkreten Details?

4. Ist es richtig, daß auch das Heeres-Abwehramt in dieser Angelegenheit Überprüfungen durchführt? Wenn ja, seit wann und mit welchem Ergebnis?
5. Wurde diese Tätigkeit vom Offizier seinen Vorgesetzten gemeldet? Wenn ja, wann? Liegt eine Genehmigung vor? Wenn ja, von wem? Wenn nein, welche Konsequenzen ergeben sich daraus?
6. Wird ein Disziplinarverfahren eingeleitet oder kommt es zu sonstigen dienstrechtlichen Schritten?
7. Liegen konkrete Informationen darüber vor, wieviele Waffen über die oben dargestellte Route transportiert wurden, wie die Geschäfte verschleiert wurden und wer der tatsächliche Endabnehmer war?